

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 5 (1979)
Heft: 7

Artikel: Verbot türkischer Frauenorganisation
Autor: Küng, Zita
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359088>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lebenswertere Strukturen

Entweder lassen sich für Vilma Hinn gesellschaftliche Veränderungen ausschliesslich auf dem parteipolitischen, parlamentarischen Weg bewerkstelligen, oder sie ist über die Aktivitäten der FBB nicht informiert. Sonst würde sie die FBB nicht als einen "losen Verband von Selbsterfahrungs-, Lesbierinnen- und Hausfrauenzirkeln von erschütternder Harmlosigkeit" bezeichnen. In diesen "Zirkeln" arbeiten Frauen durch Gespräche, Aktionen und Frauen-Projekte (z.B. Demos, Infra, Psychologinnenkollektiv, Frauenbuchladen, Haus für geschlagenen Frauen, usw.) an der Veränderung ihres Bewusstseins und der konkreten Verbesserung ihrer Lebenssituation. Erkennen von Unterdrückungsmechanismen ist genauso wichtig wie die Schaffung von Gesetzen, die diese Unterdrückung ahnden. Was nützt es einer vergewaltigten Frau, dass in unserer Gesellschaft die Vergewaltigung strafrechtlich verfolgt werden kann, wenn sie es nicht wagt

Anzeige zu erstatten, weil sie damit rechnen muss, von der Polizei und den Richtern als Mitschuldige behandelt zu werden und dem keinen Widerstand entgegensetzen kann, weil sie selbst tief drin auch an das Märchen vom "Vergewaltigt-sein-wollen" der Frauen glaubt? Beispiele dieser Art gibt es viele. Der Anspruch der FBB, sich immer wieder breitmachende Hierarchiestrukturen aufzudecken und abzubauen, erschwert manchmal die Arbeit nach aussen, ist jedoch ein wichtiger Punkt in der Suche nach lebenswerteren Strukturen. Hiermit plädieren wir drei nicht für die Auflösung der OFRA. Wir wollen Vilma Hinn nur ein wenig auf die Sprünge helfen in ihrer Kenntnis um feministische Konzepte.

Charlotte Sperisen
Jeannette Egger
Jaya Schürch

Sowohl als auch

Seit ihrer Gründung verfolge ich die Tätigkeiten der OFRA als Nichtmitglied. So verfolge ich aus Distanz, lese Euer Info, die Emanzipation. Zu den Artikeln in der letzten Nummer der Emanzipation habe ich mir besonders Gedanken gemacht. Obwohl ich selber Mitglied einer Partei bin, gefällt es mir nicht, beobachten zu müssen, wie gewisse Interessengruppen ausserhalb der OFRA im Begriff sind die MSV-Initiative vor den (Wahl-) Karren zu spannen, sich „linke Patriarchen“ mit Frauenforderungen (Erhöhung des Stillgeldes usw.) im Parlament profilieren, mit einem Auge nach der breiten weiblichen Wählerschaft schielend. Wer keine Politik macht, schreibt Vilma Hinn, mit dem wird Politik gemacht. Das wissen wir alle. Und sie meint warnen zu müssen, vor der Auflösung der nationalen Gremien, weil sie befürchtet, die OFRA würde dadurch zur politischen „Harmlosigkeit“, ähnlich der FBB, diesem „losen Verband von Selbsterfahrungs- Lesbierinnen- und Hausfrauenzirkeln“. Ich sehe die Logik nicht, welche angeblich das Eine durch das Andere bedingt! Und meiner Meinung nach sind diese FBB-Zirkel nötig, weil es sie sonst kaum irgendwo gibt. Trotz Vorstand und Delegiertenversammlung „...geht hervor, dass zwar vieles geplant, aber letztlich wenig realisiert wurde“. Hinzu kommt, dass ich aus eigener Erfahrung weiss, was es heisst als Informationskonsumentin vor Vorstandsmitglieder zu sitzen. Wer vor vollendete Tatsachen gestellt wird kann zwar protestieren mit Ja-aber-Rufen, doch das Murren und Kopfschütteln der „Vorgesetzten“ ist ihr/ ihm gewiss und die eigene geistige Kreativität

sehr oft im Eimer. Der Vorschlag der Basler Arbeitsgruppe zeugt von kritischer Wachsamkeit, welche die neue Frauenbewegung bis anhin meist das Richtige im rechten Moment tun liess. Könnte die Frauenbewegung in ihrer heutigen Stärke, selbst wenn sie geschlossen in Parteien und Gewerkschaften einträte, mehr sein als Wasserträger für die Parteien und Gewerkschaften, nationale Gremien hin oder her? Frage also: Ist der Zeitpunkt für diese Diskussion richtig gewählt? Frauen, die einen Verein zum Schutz misshandelter Frauen gründen sind letztlich eben keine barmherzigen Samariterinnen, sondern Frauen, welche ein „privates“ Problem ans Licht der Öffentlichkeit zerren, es politisieren. Wenn Frauen (wer sonst!) den Frauen gezielt ihre Unterdrückung ins Bewusstsein rücken, wird sich dann nicht bald die politische Kampffront gegen diese Unterdrückung formieren? Soll frau also warten, bis es soweit ist und sich in der Zwischenzeit auf alternative Projekte zurückziehen? Soll frau sich von Männern weiterhin die Frechheit anhören: „Ihr wollt ja die Politik den Männern überlassen!“ Ich bin überzeugt, dass Frauen Politik machen müssen, ihre Interessenpolitik und nicht auf „Geschenke“ warten sollen von Männern, welche dann von Frauen wiedergewählt werden ins Männerparlament! Eine meiner Hauptfragen, die ich mir stelle ist: Wie kann eine autonome Bewegung wie die OFRA Politik machen, ohne sich zur feministischen Partei umzubilden? Politik ja, alternative Frauenprojekte ja. Frau muss das eine, tun und soll das andere nicht lassen... Ursula Abegglen

DAS KLEINERE ÜBEL

Die OFRA (Organisation für die Sache der Frauen) hat die Vor- und Nachteile der föderalistischen Lösung des Schwangerschaftsabbruch-Gesetzes, die den Kantonen die Regelung offenlässt, abgewogen und sich mehrheitlich für eine solche Lösung ausgesprochen.

Bedenken bleiben jedoch bestehen: für uns kann eine föderalistische Lösung eine gesamtschweizerische nicht ersetzen, d.h. der Kampf um mindestens eine Fristenlösung erübrigt sich nicht. Weiter kann heute noch nicht abgesehen werden, ob einzelne Kantone eine sog. "Wohnsitzklausel" ins Gesetz aufnehmen würden, die ausserkantonalen Frauen die Möglichkeit das Schwangerschaftsabbruches verwehren würde. Gegen eine solche Bestimmung würde sich die OFRA vehement einsetzen.

Heute scheint es uns aber die einzige Lösung, die überhaupt im Raume steht und doch in Richtung Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches geht.

VERBOT TÜRKISCHER FRAUEN-ORGANISATION

In der Türkei ist die Frauenorganisation "Progressive Women's Organisation" im April dieses Jahres verboten worden. Während faschistische Organisationen ungehindert ihre Terroranschläge verüben können, dürfen sich zehntausende türkischer Frauen nicht für Gleichberechtigung einsetzen. Verschiedene Frauenorganisationen wehren sich gegen das ungerechte Verbot und solidarisieren sich mit den türkischen Frauen.

Herr Premierminister,

mit Schrecken nehmen wir Kenntnis davon, dass Sie, als Staatsoberhaupt der Türkei, die Frauenorganisation "Progressive Women's Organization of Turkey" verboten haben. Einige führende Frauen sollen sogar inhaftiert worden sein.

Die OFRA – eine fortschrittliche Frauenorganisation der Schweiz protestiert gegen ein solches Vorgehen. Wir sind der Meinung, dass der Kampf um Demokratie und Gleichberechtigung in allen Ländern ein gerechter Kampf ist.

Wir fordern Sie auf, sofort alle – aus Gründen der Zugehörigkeit zu dieser Frauenorganisation – verhafteten Frauen freizulassen.

In der Hoffnung, dass Sie dies möglichst bald veranlassen werden, grüsse ich Sie höflich im Namen der OFRA-Schweiz Zita Küng